

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 7/49. Jahrgang

Juli 2018

Schutzgebühr: 0,40 €

## Schluss für die Skandal-Bürgermeisterin

Die Brutto-Netto-Verwechslung, die die Stadt teuer zu stehen kommt, sollte der letzte Schaden sein, den Gießens Bürgermeisterin Gerda Weigel-Greilich (Grüne) anrichten konnte. Hunderte Bäume, die teilweise mit den fadenscheinigsten Begründungen in der Wieseckau für die LaGa gefällt wurden, gehen auf ihr Konto – das brachte ihr den Namen „Kettensägen-Gerda“ ein.

Mit Mühe konnte verhindert werden, dass sie den Schwanenteich zu einer unnatürlichen rechteckigen Wasser-

fläche verunstaltete – das Hochzeitsbrückchen hat's nicht überlebt.

Bis heute sind die realen Kosten der Landesgartenschau nicht nachvollziehbar offengelegt. Gerade mal 500.000 Besucher waren gekommen statt der in der Machbarkeitsstudie genannten Zahl 1.000.000, die dann auf 700.000 reduziert wurde.

Und ihr Umweltfrevl in der Wieseckau geht weiter (s. Artikel auf Seite 3), ebenso wie die schon merkwürdig anmutende Bevorzugung des Wirtes der Strandbar Trageser.

Mit dieser „Verwechslung“ und dem Verschleiern der Kosten des Bahndurchstichs in der Dammstraße hat

(Fortsetzung auf Seite 3)

### Inhalt:

Drogenpolitik/Hiroshima-Beschluss	S.2
Party im Landschaftsschutz/Strabs	S.3
Hartz IV: Bund ignoriert BVerfG	S.4
Uni: NS-Geschichte/§§ 218/219a	S.5
Geschichte der DKP Gießen (Teil 4)	S.6
Eritrea-Festival/Solifeier für Kuba	S.7
Termine/Abrüsten statt Aufrüsten	S.8



## Alte Post: "Prüfen" bis es zu spät ist?

Die Euphorie um die Rettung der Alten Post ist verfliegen. Der „Kauf“, der Anfang des Jahres bejubelt wurde, entpuppte sich als „Kaufoption“ – befristet bis zum 30.6.18. Auch jetzt ist noch nichts entschieden, aber alles fragwürdiger. Die Frist wurde nochmals um drei Monate verlängert bis Ende September. Fest steht nur: Die für die Sanierung veranschlagte Summe von 4,9 Millionen sei utopisch. Die Bausubstanz werde geprüft...

Auf die Frage des Vorsitzenden der BI „Rettet die Alte Post“: „Können Sie uns

versprechen, dass die Alte Post nicht abgerissen wird?“, hatte OB Grabe-Bolz im November 2017 geantwortet: „Wir werden alles Menschenmögliche tun, damit das nicht passiert.“

Das ist offensichtlich die Unwahrheit; ein Enteignungsverfahren wurde erst gar nicht eingeleitet und auch sonst ist nichts passiert.

In einer repräsentativen Umfrage des Gießener Anzeigers hatte sich vor einem Jahr eine klare Mehrheit für eine Enteignung ausgesprochen.

**Für Frieden und Sozialismus!**



# Drogenkriminalität: Von Magistrat und AfD gehätschelt

Laut § 3 des Betäubungsmittelgesetzes kann die Erlaubnis zum Konsum von Cannabis erteilt werden, wenn dies „im öffentlichen Interesse liegenden Zwecken dient“.

Darauf stützte sich Matthias Riedl, Vorsitzender der Fraktion Gießener Linken im Stadtparlament, in seinem umfangreichen Antrag zur kontrollierten Legalisierung für erwachsene Konsumenten in Modellprojekten, die in Verantwortung der Kommunen eingerichtet werden können. Solche Programme wie z. B. die „Cannabis Social Clubs“ würden sowohl der Beschaffungskriminalität den Boden entziehen als auch der Suchtprävention dienen. Auch Fachleute sehen das so. Im Parlament stieß er jedoch auf taube Ohren. Zwar wurde der Vorstoß von der FDP, die Apotheken einbeziehen wollte, begrüßt, aber schließlich von SPD, CDU, Grüne und AfD abgelehnt, weil eine Legalisierung nur von der Bundesregierung beschlossen werden könne. Aber darum ging es überhaupt nicht. Während einerseits über steigende Drogenkriminalität geklagt wird, werden andererseits relativ einfache und wirksame Maßnahmen zu deren Eindämmung abgelehnt. - Warum?

Würde der Polizei ein für sie wichtiges Betätigungsfeld geschmälert? Auf Bundes-, Landes- und kommunaler

Ebene sank die Kriminalität beachtlich, da kommt die Drogenszene gerade recht, um Gefahr herbeizureden. Am 25. Mai berichtete die Gießener Allgemeine dreispaltig aufgebauscht über die Drogenfahndung von 40 Einsatzkräften. „Kommt gesund wieder“, so der Einsatzleiter vorab zu seiner Truppe. Ergebnis: 26 Männer wurden am Bahnhofsvorplatz kontrolliert, ein Teil davon (alle mit dunkler Hautfarbe) mit gespreizten Beinen abgetastet und (von hinten) in der Zeitung abgebildet. Bei keinem wurde etwas gefunden. Die Einsätze sollen verstärkt fortgesetzt werden. Dabei gehe es um die Stärkung des „subjektiven Sicherheitsgefühls“. Oder geht es haupt-

sächlich um Angstmacherei und Ausweitung polizeilicher Befugnisse? Wenn eine kontrollierte Teillegalisierung von Cannabis eingeführt würde, könnte die Polizei sich auf wichtigere Aufgaben konzentrieren und sie könnte ihren Berg von 2,7 Millionen Überstunden im vergangenen Jahr abbauen. Allein 150.000 Strafverfahren gab es 2017 im Zusammenhang mit Cannabis. Auch der Bund Deutscher Kriminalbeamten spricht sich für eine regulierte Legalisierung aus und möchte den geringen Besitz zum Eigenbedarf (in Hessen 6 Gramm) als Ordnungswidrigkeit einstufen; damit wäre die Polizei nicht mehr zuständig. Wäre das so schrecklich? E. Beltz



## Trauerspiel um Hiroshima-Initiative und atomwaffenfreie Zone Gießen

In der vorigen Sitzung des Stadtparlaments stellte Michael Beltz die Frage, was denn aus dem am 17.10.1985 gefassten Beschluss geworden sei, in dem Gießen sich zur atomwaffenfreien Zone erklärte und der von Hiroshima und Nagasaki initiierten Städtepartnerschaft zur vollständigen Abschaffung von Atomwaffen beiträt.

Die Antwort von OB Grabe-Bolz: keine Ahnung - sie bestätigte aber auch, dass in der gleichen Sitzung ein Antrag von SPD und Grünen angenommen wurde, in dem sich die Stadt zur atomwaffenfreien Zone erklärte. Dann verschwand der Beschluss, bis die DKP die Sache wieder aufgriff.

Am 21.3.1988 schrieb uns der damalige OB Mutz: „... Zu dieser Zeit (der Beschlussfassung, d. Red.) war ich

noch nicht Oberbürgermeister dieser Stadt. Im Zuge des Regierungswechsels ist dieser Antrag... bedauerlicherweise nicht weiter verfolgt worden. Ich werde deshalb im Auftrag



Auch um dem Magistrat auf die Sprünge zu helfen, hatte die DKP am 6. Dezember 1988, dem Jahrestag der Bombardierung Gießens, den Platz Ecke Katharinengasse/Goethestraße "Hiroshima-Platz" benannt.

des Magistrats die Stadt Hiroshima über den Beschluss informieren und um weitere Informationen über das Programm bitten. Daraus werden sich weitere Schritte... ableiten lassen.“

Im Oktober 1988 teilte OB Mutz uns mit, dass er Hiroshima und Nagasaki über das Koordinierungsbüro bei Herrn OB Schmalstieg in Hannover in Kenntnis gesetzt habe. Offensichtlich herrscht bei der DKP mehr Ordnung als beim Gießener Magistrat.

Und die Zeiten haben sich geändert, Grüne und SPD, die damals noch so friedlich waren, haben sich 14 Jahre später um 180 Grad gedreht und in gemeinsamer Koalition unter Kanzler Schröder den völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Krieg gegen Jugoslawien geführt.

# Für Mega-Partymeile Landschaftsschutz geopfert

Das Landschaftsschutzgebiet der Wieseckau, in dem viele Wasservögel brüten und einen Lebensraum gefunden haben, wird massiv bedroht. Besonders das Teilstück um die Strandbar verkommt immer mehr zum kommerziellen Partybereich. „Kleine, feine Veranstaltungen“ hatte Bürgermeisterin Weigel-Greilich (Grüne) vor Jahren zur Beruhigung der Bevölkerung versprochen. Jetzt sind es lautstarke Veranstaltungen mit bis zu 10.000 Besuchern, die während der Brutzeit mit dröhnenden Musikboxen angelockt werden. Über 2 km Luftlinie, bis zum Eichendorffring, reichen die Beschwerden von Anwohnern über Lärmbelästigung um Mitternacht.

Eine Rücksichtnahme auf die Tierwelt kennen weder Verantwortliche der Stadt Gießen noch die Veranstalter. In der Regel helfen Sondergenehmigungen des Umweltamtes bzw. der Bürgermeisterin, um bestehende Schutzvorschriften zu umgehen. Beim Bierfest musste der Strandbar-Pächter seine im Landschaftsschutzgebiet illegal aufgebauten Bierzeltgarnituren auf Weisung des Gartenamtes wieder abbauen. Eine Woche später genehmigte Dr. Hasselbach vom Umweltamt mit Sondergenehmigung eine Reihe Bierzeltgarnituren. Trotz Verbotes baute „Strandbar“-Trageser direkt neben den brütenden Vögeln zwei Hüpfburgen

auf. Auf diese Weise schränken Stadt und Veranstalter nach und nach den Naturschutz immer weiter ein, der durch die Genehmigung der Bar im Landschaftsschutzgebiet schon massiv gelitten hat. Die Stadtverordnete des Bündnisses „Gießener Linke“ Martina Lennartz (DKP) hat dies alles zum Thema einer Anfrage im Stadtparlament gemacht. Da Bürgermeisterin Weigel-Greilich (Grüne) bereits wahrheitswidrig das Landschaftsschutzgebiet lt. Gießener Anzeiger 200 m weg von „ihrer“ Partymeile verlagert hat, darf man auf eine qualifizierte Aussage gespannt sein. M. Berger



Mehr als 150 Menschen demonstrierten am 16. Juni in Wiesbaden anlässlich des CDU-Parteitages für die vollständige Abschaffung der Strabs (Straßenausbaubeiträge). Der Beschluss der Landesregierung, die Entscheidung über die Erhebung den Kommunen zu überlassen, wird als vollkommen unzureichend zurückgewiesen, ebenso wie der FDP-Vorschlag zu "wiederkehrenden" Strabs. Eine Petition an den Landtag kann hier unterstützt werden: [strassenbeitragsfrei.de/petition](http://strassenbeitragsfrei.de/petition)



---

## Aus: Pressemitteilung der Bürgerinitiative Lebenswertes Gießen

Entweder hat Frau Weigel-Greilich diese Klärung „unprofessionell“ und „dilettantisch“ versäumt (so die Worte

(Fortsetzung von Seite 1)

### Skandal-Bürgermeisterin

sie nun in den letzten Tagen ihrer Amtszeit als Bürgermeisterin ihrem Fehlverhalten die Krone aufgesetzt (s. nebenstehende Pressemitteilung). Wenn einem Hauptschüler ein solcher Fehler unterliefe, so eine Mathe-Lehrerin, würde er den Hauptschulabschluss nicht bekommen. Aber einen Posten als Stadtrat schon? Im November soll Weigel-Greilich für weitere vier Jahre zur Stadträtin gewählt werden, wobei sich an der Dezernatsaufteilung nichts ändern würde; sie wäre weiter fürs Gartenamt und damit die Wieseckau zuständig. E. Beltz

von OB Grabe-Bolz, d. Red.). Dann wäre sie ihrer Verantwortung nicht im Entferntesten gerecht geworden und müsste sich vermutlich fragen lassen, ob sie ihrem Amt gewachsen ist. Oder aber die Bürgermeisterin kannte frühzeitig die Problematik und war sich daher auch darüber im Klaren, dass das Vorhaben Dammdurchstich erheblich teurer werden würde. Dann aber hätte sie dieses Wissen über Monate, wenn nicht Jahre verborgen – vor der Öffentlichkeit, dem Parlament und selbst vor ihren Magistratskollegen, die erst vor wenigen Wochen von der massiven Kostensteigerung erfahren haben. In diesem Fall hätte Frau Weigel-Greilich über die Köpfe ihrer Magistratskollegen hinweg im Alleingang für die Entscheidung für ein bereits im

Vorfeld bei weitem nicht unumstrittenes Vorhaben gesorgt, das bei frühzeitigem Bekanntwerden der tatsächlichen Kosten mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit nicht realisiert worden wäre ... - Dann wiederum stellt sich die Frage, warum sich die anderen Magistratsmitglieder in einer Nibelungentreue auf das Kollegialprinzip zurückziehen, statt hier die Verantwortlichkeit zu benennen. „Die Weigerung der Oberbürgermeisterin und der Koalition, die wohl bereits vorliegende Stellungnahme des Revisionsamts zu den Mehrkosten zu veröffentlichen, lässt leider Spielraum für Spekulationen darüber, ob hier Dinge vertuscht werden sollen,“ so Dr. Eckart Schneider vom Verein.

[lebenswertes-giessen.de/lebenswertes-giessen-e-v-pressemitteilung-15-06-2018/#more-959](http://lebenswertes-giessen.de/lebenswertes-giessen-e-v-pressemitteilung-15-06-2018/#more-959)



## Bundesregierung ignoriert das Urteil des BVerfG

### Hartz IV ist verfassungswidrig

Früher hatten die Jobcenter bei notwendigen Anschaffungen (Kühlschrank, Herd...) Beihilfen zugestanden. Die wurden bis auf wenige Ausnahmen gestrichen.

Jetzt soll auch das alles vom Regelsatz bezahlt werden. Diese kalten Kürzungen bei den Ärmsten erfolgten grausam und weitgehend unbeachtet. Dass die Regelsätze zu niedrig sind und ihre Berechnung sowohl für Erwachsene als auch für Kinder fehlerhaft, hat das BVerfG (Bundesverfassungsgericht) bereits 2010 festgestellt.

Sowohl die damalige CDU/CSU/FDP-Regierung als auch die darauf folgende große Koalition haben das ignoriert und im Gegenteil bei den Beihilfen noch gekürzt.

Von der jetzigen Regierung und Arbeitsminister Heil (SPD) ist auch nichts zu erwarten. Und die Betroffenen werden durch den täglichen Überlebenskampf, durch die Schikanen und Strafen der Jobcenter davon abgehalten, sich für ihre eigenen Interessen einzusetzen.

### Jobcenter schweigt künftig

Im Fall des Hartz-IV-Aufstockers (wir berichteten) hat das Jobcenter jetzt Schluss gemacht.

Nachdem sowohl seine Anträge auf einen Herd als auch auf Arbeitsschuhe (und andere notwendige Anschaffungen, die er keinesfalls aus dem Regelsatz bezahlen kann) abgelehnt wurden und er sich auch außerstande sah, ein eventuelles Darlehen zurückzahlen zu können, beendete das Jobcenter die Sache auf seine Weise.

„Eine Lösung oder zumindest ein gegenseitiges Verständnis werden wir im Schriftverkehr nicht erreichen können“, teilte es mit und: „aus diesem Grund werde ich zukünftig auf solche Schreiben nicht mehr schriftlich antworten.“ Mit anderen Worten: Du kannst mich mal.

### Uni-Klinik - unberechenbar

Wer im Krankenhaus liegt, aus welchen Gründen auch immer, ist meistens froh, wenn er wieder nach Hause kann. Allerdings wäre es angenehm, wenn er rechtzeitig vorher wüsste, wann er entlassen wird – dann kann er sich selbst und Betroffene darauf vorbereiten. Am Gießener Uniklinikum ist das aber oft anders. „So, sie können jetzt nach Hause gehen“, erfährt man unvermittelt, obwohl man damit gerechnet hat, noch ein oder zwei Tage bleiben zu müssen. Auch wenn Ärzte und Pflegepersonal ihr Bestes geben – in einer am Profit orientierten Klinik merkt man immer wieder, dass nicht der Mensch im Mittelpunkt steht.

### Urteil des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010

1. Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG sichert jedem Hilfebedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zu, die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind.

2. Dieses Grundrecht aus Art. 1 Abs. 1 GG hat als Gewährleistungsrecht in seiner Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG neben dem absolut wirkenden Anspruch aus Art. 1 Abs. 1 GG auf Achtung der Würde jedes Einzelnen eigenständige Bedeutung. Es ist dem Grunde nach unverfügbar und muss eingelöst werden, bedarf aber der Konkretisierung und stetigen Aktualisierung durch den Gesetzgeber, der die zu erbringenden Leistungen an dem jeweiligen Entwicklungsstand des Gemeinwesens und den bestehenden Lebensbedingungen auszurichten hat. Dabei steht ihm ein Gestaltungsspielraum zu.

3. Zur Ermittlung des Anspruchsumfangs hat der Gesetzgeber alle existenznotwendigen Aufwendungen in einem transparenten und sachgerechten Verfahren realitätsgerecht sowie nachvollziehbar auf der Grundlage verlässlicher Zahlen und schlüssiger Berechnungsverfahren zu bemessen.

4. Der Gesetzgeber kann den typischen Bedarf zur Sicherung des menschenwürdigen Existenzminimums durch einen monatlichen Festbetrag decken, muss aber für einen darüber hinausgehenden unabwiesbaren, laufenden, nicht nur einmaligen, besonderen Bedarf einen zusätzlichen Leistungsanspruch einräumen.



# Nationalsozialismus in der Gießener Universitätsgeschichte

Im Rahmen einer Vortragsreihe des Studierendenverbandes der Partei „Die Linke“ (SDS) referierte Jörg-Peter Jatho zum Thema „Neues zum Nationalsozialismus in der Gießener Universitätsgeschichte“.

Aufgrund seiner jahrzehntelangen Forschungsarbeiten konnte er für jede Fakultät Dutzende von Professoren und Doktoranden nennen, die Mitglieder der NSDAP waren. Die häufige Ausrede, diese Personen seien nur aus Karrieregründen oder unter Zwang der Partei beigetreten, konnte er mit Zitaten aus Publikationen und Reden entkräften. Bei einigen Zitaten wurde die Verehrung Hitlers und seiner „Heldentaten“ zur Erneuerung Deutschlands deutlich, in anderen kam der

verbreitete Rassenwahn zum Ausdruck und die damit verbundene Verherrlichung der „Nordischen Rasse“ und die Verachtung anderer Ethnien. In den Kriegsvorlesungen wurde zur Eroberung von Lebensraum aufgefordert und die Blut- und Bodenideologie vertreten, später wurde der Durchhaltewille angespornt und bis zuletzt vom Endsieg fabuliert. Jatho legte Tabellen vor, die beweisen, dass in fast allen Fakultäten etwa 50% der Professoren und Doktoranden Parteimitglieder waren, nur bei den Theologen war der Anteil mit 10% deutlich geringer – wobei sich einige der dortigen Parteimitglieder durch besonderen Fanatismus auszeichneten. In der sich anschließenden regen Diskussion

wurde betont, dass die Aufarbeitung dieser Zeit durch die Universität selbst äußerst ungenügend ist.

Die Gießener Historiker befassen sich mit allem Möglichen, aber nicht mit ihrer eigenen Geschichte. Außerdem wurde nochmals festgestellt, dass es in Gießen immer noch vielerlei Ehrungen für damalige Faschisten gibt, von der Ehrenbürgerwürde (Herrmann Schlosser) bis zu Straßennamen (August Messer, Robert Feulgen, Georg Haas), während Ehrungen für Antifaschistische Widerstandskämpfer äußerst selten sind. Für Antifaschisten in Stadt und Universität gibt es also noch viel zu tun. Gernot Linhart



## JLU-Präsident ein Verfassungsfeind?

Das scheint für die Hessische CDU/Grüne Landesregierung nicht ausgeschlossen zu sein. Sie stellt die für eine Ehrung wegen herausragender Leistungen Ausserkorenen erst mal unter einen Generalverdacht, der mit einer Anfrage beim Verfassungsschutz und der Polizei ausgeräumt werden soll. So auch – unglaublich aber wahr – bei Uni-Präsident Mukherjee, der mit 19 anderen Persönlichkeiten mit Migrationshintergrund für gelungene Integration geehrt werden sollte.

Dieses skandalöse, seit längerem praktizierte Verhalten kam jetzt an die Öffentlichkeit. Diese Ungeheuerlichkeit wird nicht dadurch gemindert, dass die zu Ehrenden vorher ihre Zustimmung geben mussten. Das hat der JLU-Präsident selbstverständlich nicht getan und wurde trotzdem geehrt.

Ausgerechnet CDU und Grüne, die jetzt ein Polizeigesetz verabschiedeten, das die Bürgerrechte weiter einschränkt und die Bspitzelung durch den Verfassungsschutz noch mehr ausweitet, besitzen die Frechheit, an der Integrität anderer zu zweifeln, nur weil sie Migranten sind.

## Irland und BRD: Weg mit den §§218 und 219a!

Am 25. Mai 2018 haben die Irinnen und Iren eine historische Entscheidung getroffen: Der 8. Zusatz, der Abtreibungen generell für illegal erklärt, wird aus der Verfassung gestrichen. Eine überwältigende Mehrheit von 66,4 Prozent stimmte im Referendum mit „Yes“. Bisher hatte der 8. Zusatz zur Verfassung Schwangerschaftsabbrüche selbst nach Vergewaltigung und tödlichen Fehlbildungen des Fötus verboten. Abtreibungen durften in bestimmten Situationen zur Rettung des Lebens der Mutter vorgenommen werden, allerdings scheuten Ärzte oft davor zurück, diese auch durchzuführen. Kein Wunder, wenn dafür bis zu 14 Jahre Gefängnis zu erwarten waren. Ein Gesetzentwurf der neoliberalen Regierungspartei „Fine Gael“, der bis zum Jahresende verabschiedet werden soll, sieht vor, dass Schwangerschaftsabbrüche bis zur 12. Woche ohne Angabe von Gründen legal sind. Damit hätte Irland ein liberaleres Abtreibungsrecht als Deutschland.

Im September findet in Gießen die Berufungsverhandlung gegen die Frauenärztin Kristina Hänel statt, die wegen „Werbung für Abtreibung“ zu einer Geldstrafe von 6000 Euro verurteilt worden ist. Die DKP Gießen steht solidarisch an ihrer Seite und fordert weiterhin die Abschaffung der §§ 218 und 219a.

R. Grabowski

„Im vergangenen Jahrhundert war die ganze Welt schockiert davon, was die Nazis getan haben, um die Reinheit der Rasse sicherzustellen. Heute tun wir dasselbe, nur mit weißen Handschuhen.“  
Papst Franziskus am 16. Juni laut der Nachrichtenagentur ANSA über die Legalisierung von Abtreibungen in seinem Heimatland Argentinien.



# 50 Jahre DKP: Geschichte der DKP Gießen (Teil 4)



Der 80. Geburtstag unserer Genossin Ria Deeg am 2. Oktober 1987 im Café Rodtberg war ein Riesenergebnis. Alle kamen zum Gratulieren: Vertreter der Stadt, der VVN, des DGB, aller Parteien einschließlich DFU und Grauen Panther, die Frauenbeauftragte, die Gießener Songgruppe, das Frauenkabarett Kehrbesen und viele, viele mehr.



Ria mit Otto Rüspeler beim Austausch alter Kampferinnerungen

Die DKP war ein Faktor; in der Partei hatte es jedoch zu rumoren begonnen. Nicht nur die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl hatte verunsichert, galten doch sowjetische Reaktoren bis dahin als absolut sicher. Auch Gorbatschows „Neues Denken“, das dem Imperialismus voller Blauäugigkeit Friedensfähigkeit attestierte, fiel auf fruchtbaren Boden. Viele glaubten „Gorbis“ Beteuerungen, den Sozialismus zu verbessern, während er

seine Abschaffung betrieb. Es entstand die Bewegung der „Neuerer“, die meinten den Kapitalismus mit Reformismus überwinden zu können. Auf der anderen Seite die „Bewahrer“, auch „Betonköpfe“ genannt, die an Marx, Engels und Lenin festhielten – sich aber zunehmend in der Minderheit befanden.



Aber noch wurde heftig aber gemeinsam gestritten. Gemeinsam beteiligten wir uns u. a. an den Kämpfen für die Erhaltung des Ladenschlussgesetzes, gegen Massenentlassungen bei Minox und gegen den Pflegenotstand der Krankenhäuser.

Im November 1989 dann der Zusammenbruch und Beginn des Ausverkaufs der DDR. Während Willy Brandt schon sehr früh verwundert festgestellt hatte, dass ein Antikommunist im Kreml residiert, brach in der DKP totale Verunsicherung aus, die eine Austrittswelle nach sich zog.

Verstärkt wurde sie Anfang 1990 durch Gerüchte über eine angebliche geheime „Militärorganisation“ der DKP und Waffenlager in Lollar. Auch wenn hinterher nichts davon übrig blieb, hatte die Geschichte ihre Wirkung: die DKP schrumpfte in Gießen wie bundesweit auf einen Bruchteil ihrer Mitglieder. Aber sie blieb als kommunistische



Gießener Allgemeine vom 3.1.1990

Partei bis heute erhalten – im Gegensatz zu anderen westeuropäischen KPs (Frankreich, Italien...).

Entsprechend klein war der neue Kreisvorstand: Helmut Appel, Erika Beltz, Michael Beltz, Dieter Bender, Michael Janitzki, Theo Rüspeler. Die Wahlen waren notwendig, nachdem der bisherige Kreisvorsitzende Egon Momberger (seit 1988) auswärts Arbeit gefunden hatte und einige Kreisvorstandsmitglieder zurück- bzw. ausgetreten waren. - 1994 wurden dann Erika und Michael Beltz, Gernot Linhart und Henning Mächerle gewählt.

Nach 1990 war alles anders; der „2+4-Vertrag“, der eine Erweiterung der NATO nach Osten ausschloss, besiegelte den Anschluss der DDR, enteignete die volkseigenen Betriebe, führte zu Arbeitslosigkeit, Armut, Zweiklassenmedizin und zu einer bis heute andauernden Hetze gegen den Sozialismus. Dessen „Delegitimierung“ (Vize-Kanzler Kinkel, FDP) wurde zur obersten Staatsraison, damit bloß nicht die vorbildlichen sozialen Errungenschaften der DDR zurückgefordert werden könnten.

Die SED wandelte sich in die PDS und blieb im Osten relevant; im Westen kam es punktuell zur Zusammenarbeit mit der DKP. So kandidierten 1994 auf der hessischen Landesliste der PDS die DKP-Mitglieder Erika Beltz (Platz 7), Rudi Maurer (Platz 8) und Peter Gingold (Platz 11).

Das Gießener Echo ist all die Jahre regelmäßig monatlich erschienen und konnte 1995 mit einer Veranstaltung im Saal der Kongresshalle sein 25-jähriges Bestehen feiern – mit dem Kabarettisten Matthias Beltz und der Gießener Songgruppe. E. u. M. Beltz



**Bei den Kommunalwahlen 1989 kandidierten zum Stadtparlament:** Michael Beltz, Ria Deeg, Helmut Appel, Axel Brück, Erika Beltz, Anton Kaiser, Reinhard Hamel, Anni Ladach, Gernot Linhart, Hannelore Verloh, Thomas Müller, Hannelore Schulz; **und zum Kreistag:** Heide Appel, Theo Rüspeler, Egon Momberger, Christa Landgraf, Hans Becker, Ilse Angermann, Burghard Schulz, Hermann Fredersdorf, Norbert Rücker, Arnulf Harder, Gregor Storf und einige der Stadtkandidaten.

## Wir bitten um Überweisung der Abo-Gebühren und um Spenden

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. - Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere ver-

schweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

**Sparkasse Gießen, IBAN: DE 75 5135 0025 0000 1930 70.**

Es grüßt mit herzlichem Dank die  
Echo-Redaktion

# Eritrea-Festival: neues Buch und viele Informationen

Literatur über Eritrea ist sehr selten. Nach dem Buch von Hans-Ulrich Stauffer „Eritrea. Der zweite Blick“ liegt nun die gründliche Ausarbeitung von Herbert Graf vor, der sich schon in den 70er Jahren mit einer Gruppe DDR-Experten um eine Lösung des Konflikts zwischen Eritrea und Äthiopien bemühte. Noch heute hält Äthiopien unter Bruch internationaler Verträge eritreisches Gebiet besetzt und führt einen unterschweligen Grenzkrieg gegen Eritrea. Das ist die Ursache dafür, dass Eritrea sich militärisch absichern muss, was die friedliche Entwicklung beeinträchtigt. Mit Professor Herbert Graf sprach Martina Lennartz, Mitglied der Deutsch-Eritreischen Gesellschaft (DEG).

## Waren Sie schon einmal in Eritrea?

Nein. Das Spannungsfeld zwischen Äthiopien und den eritreischen Bewegungen war damals so brisant, dass es mir nicht möglich war Eritrea zu besuchen, ohne unsere Vermittlerrolle zu gefährden. Schon als ein Journalist der DDR derzeit einen Bauernkongress in Eritrea besuchte, wurde darauf von manchen unserer Verhandlungspartner – und nicht nur von denen – sehr empfindlich reagiert.

## Was war die Hauptmotivation jetzt ein Buch über Eritrea zu schreiben?

Seit meiner ersten Berührung mit den Problemen Eritreas, wahrscheinlich auch mit zunehmender Kenntnis der äthiopischen Herrschaftsansprüche gegen

über diesem kleinen Land am Roten Meer, entwickelte ich Sympathien für die über viele Jahrhunderte geschundenen eritreischen Völkerschaften.



Herbert Graf: Eritrea. Oase am Roten Meer und Opfer von Großmachtinteressen. Ein junger Staat auf neuen Wegen. 158 Seiten, brosch. illustriert, 14,99 €

Deshalb hielt ich es für geboten, mit meinen Erfahrungen und Erinnerungen, unter Auswertung verfügbarer Dokumente des Bundesarchivs, zum Verständnis der Menschen am ewig umkämpften Horn Afrikas beizutragen. Schließlich waren und sind die Probleme Eritreas und der anliegenden Staaten nicht vorwiegend hausgemacht, sondern ein trauriges Ergebnis der Politik imperialer Großmächte.

## Was wünschen sie Eritrea für die Zukunft?

Vor allem erst einmal Frieden. Solange das Land sich der Bedrohung durch das von den westlichen Hauptmäch-

ten unterstützte Äthiopien erwehren muss, solange internationale Schiedssprüche über Grenzverläufe von Äthiopien unterlaufen werden, solange das bedrohte Eritrea mit Sanktionen belastet und Äthiopien mit Unterstützung belohnt wird, hat es Eritrea schwer. In der Zeit bis zur äthiopischen Invasion 1998 haben die Völker und die Führung Eritreas den Beweis dafür erbracht, wie verantwortungsvoll und erfolgreich dieses kleine Land sich auf neuen Wegen entwickeln kann.



Prof. Graf wird am 14. Juli auf dem Eritrea-Festival (zu dem herzlich eingeladen wird) sein Buch vorstellen, das auch am Info-Stand der DEG erworben werden kann.

# Gelungene Soli-Feier für Kuba

Auf dem Podium der von der DKP, der FG BRD-Kuba und der SDAJ organisierten Veranstaltung v. l.: Martina Lennartz (DKP), Irina Sánchez Ortiz und Petra Wegener (FG BRD-Kuba)



Vor etwa 50 Interessierten berichtete Irina Sánchez von der kubanischen Botschaft mit Temperament und Überzeugung über die Entwicklung in ihrem Land, die geplanten Verfassungsreformen, die u. a. den privaten Dienstleistungssektor regulieren sollen, über die per Volksentscheid abgestimmt werden wird, des Weiteren über die andauernde US-Blockade und deren Auswirkungen, über große medizinische Fortschritte sowie auch über den Einfluss des Tourismus und die subversiven Angriffe durch die USA. Alle Publikums-Fragen wurden ausführlich beantwortet. Die anschließende Versteigerung eines Gemäldes von Che Guevara, das Martina Lennartz im Zuge ihrer Vernissage im April zugunsten eines Krankenhauses auf Kuba angefertigt hatte, erbrachte nochmals 80 €, so dass insgesamt der beachtliche Betrag vom 1753,24 € übergeben werden konnte. Mit Mojito und kubanischer Musik klang der Abend aus.

## Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck. Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: [dkp@dkp-giessen.de](mailto:dkp@dkp-giessen.de). Im Internet: [www.dkp-giessen.de](http://www.dkp-giessen.de)

**Redaktionsschluss für August-Echo: Mi., 18. Juli**



## Abrüsten statt Aufrüsten!

Die deutsche Bundesregierung plant, die Ausgaben für Rüstung und Militär entsprechend dem NATO-Diktat auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Statt den jetzigen knapp 40 Mrd. Euro wären es dann ca. 75 Mrd. pro Jahr. Das sind Milliarden für Kriege, die bei Schulen, Kindergärten und Krankenhäusern, im sozialen Wohnungsbau, beim Klimaschutz fehlen. Statt einem Leopard-2 Panzer könnten zwei Kindertagesstätten, statt einem Kampfhubschrauber 60 Sozialwohnungen gebaut werden. Nur die Rüstungsindustrie freut sich über riesige Profite. Mit der Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“ soll der Druck auf die Bundesregierung erhöht werden. Bisher haben über 60.000 Unterstützerinnen und Unterstützer den Aufruf unterschrieben.

Auch die DKP unterstützt die Kampagne. Bis zum UZ-Pressfest im September wollen wir 30.000 Unterschriften sammeln, mehr als 15.000 sind es schon. In Gießen ist die DKP ebenfalls fleißig, knapp 600 haben schon unterschrieben. Bei Infoständen, Veranstaltungen und vielen persönlichen Gesprächen wurde deutlich, dass das Thema Frieden wieder in das Bewusstsein der Menschen getreten ist. Aufrüsten bedeutet Sozialabbau und Krieg! Widerstand ist notwendig! Unterschreibe jetzt! R. Grabowski



Wir fordern:

**STOPP DER NUKLEAREN AUFRÜSTUNG IN DEUTSCHLAND!**  
**ABZUG DER US-ATOM-BOMBEN AUS BÜCHEL!**  
**VERBOT ALLER ATOM-WAFFEN!**



news.dkp.de  
 www.dkp-hessen.de  
 www.dkp-giessen.de  
 DKP-Gießen auch bei facebook

Sie lügen wie gedruckt.  
 Wir drucken, wie sie lügen.

www.jungewelt.de/testabo  
 Abotelefon: 030 53 63 55 50



Die nächste Mitgliederversammlung der DKP findet statt am Mittwoch, dem 22. August, der nächste Info-Stand am 1. September.

In aller Öffentlichkeit werden die kommenden Kriege vorbereitet. Sie werden stattfinden, um die ökonomischen und militärischen Interessen der mächtigsten imperialistischen Zentren durchzusetzen und zu sichern. Der Öffentlichkeit allerdings wird dieses Geschehen als „Friedenssicherung“ und „Schutz vor Terror“ verkauft. - Mitte Februar 2018 hat die NATO den sofortigen Aufbau neuer militärischer Infrastrukturen beschlossen. Unverkennbar mit der Absicht, einen Aufmarsch gegen Russland jederzeit zügig in Gang setzen zu können.

<https://dkp-rlp.de/2018/06/16/buechel-dichtmachen/>

Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr  
 bei den 3 Schwätzern:  
**Protest gegen Hartz IV**



**10 Wochen kostenlos testen**  
 Hoffnungstr. 18, 45127 Essen  
 info@unsere-zeit.de

Wir gratulieren unserem Genossen  
**Axel Brück**  
 der seit fast 50 Jahren der DKP angehört, herzlichst zu seinem  
**75. Geburtstag**  
 und wünschen ihm für die Zukunft alles Gute. Als vom Berufsverbot Betroffener hatte er es nicht immer leicht. Seine zahlreichen Fahrten zu Gedenkstätten der faschistischen Diktatur sind vor allem für viele Jugendliche Mahnung und Erinnerung zugleich.  
 Wir wünschen Axel auch weiterhin Gesundheit, viel Energie und Freude für die kommenden Jahre.  
 Deutsche Kommunistische Partei - Kreisvorstand Gießen

